

dbb news

Einkommensrunde TV-L 25/26 / Nr. 10

Dezember 2025

Warnstreik und Demonstration in Berlin

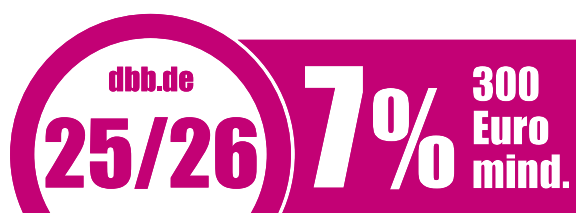
Eine Tariferhöhung ist kein Weihnachtsgeschenk



Rund 200 Beschäftigte haben am 18. Dezember 2025 in Berlin für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen protestiert. Mit einem Demozug vom Brandenburger Tor zur Berliner Senatsverwaltung für Finanzen und anschließender Kundgebung bekräftigten die Kolleginnen und Kollegen ihre Forderungen nach 7 Prozent höheren Einkommen, mindestens aber 300 Euro mehr, sowie weiteren Verbesserungen für die Beschäftigten der Länder.

„Wir müssen ordentlich einheizen!“

Auf der Kundgebung verdeutlichte Andreas Hemsing, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, den Ernst der Lage: „Einkommensrunden sind nie einfach, aber diesmal wird es besonders herausfordernd.“ In der ersten Verhandlungsrunde hatte die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) kein Angebot vorgelegt. „Nicht nur das: Sie hat unsere berechtigten Forderungen als astronomisch bezeichnet.“ Zudem hatte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, losgelöst von einem möglichen Ergebnis, angekündigt, zukünftige Erhöhungen erst sechs Monate später an die Beamtinnen und Beamten weiterzugeben. „Der Staat verliert immer mehr an Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bür-





gern. Aber diejenigen, die tagtäglich mit nicht ausreichenden Rahmenbedingungen für Bildung, Sicherheit und Ordnung sorgen, sollen bei so einer Situation in die Röhre schauen. Wenn die TdL meint, uns in diesem Winter die kalte Schulter zeigen zu können, werden wir ihnen bis zu den nächsten Verhandlungen ordentlich einheizen müssen. Denn eine Tarifierhöhung ist kein Weihnachtsgeschenk, wir müssen sie hart erkämpfen“, betonte Hemsing.

Funktionierende Verwaltung hält das Land am Laufen

Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Berlin, ergänzte: „Wenn es ums Geld geht, endet bei der TdL scheinbar die Wertschätzung gegenüber ihren Beschäftigten. Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst sorgen jeden Tag für Sicherheit, für Bildung, für eine funktionierende Verwaltung und halten das Land am Laufen.“ Es sei daher unverantwortlich, die Beschäftigten wieder über Monate hinzuhalten – oder im Fall Bayern noch länger. „Die TdL muss jetzt liefern, statt weiter aufzuschieben. Sobald das Ergebnis steht, erwarten wir auch die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.“

Bis zur nächsten Verhandlungsrunde in Potsdam am 15./16. Januar 2026 wird der dbb bundesweit weitere Aktionen durchführen, um den berechtigten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen Nachdruck zu verleihen.



Weitere Infos zur
aktuellen
Einkommensrunde
finden Sie unter:
www.dbb.de/einkommensrunde



Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten 41 kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb news** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**. Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!

